

A1 Arbeitsprogramm 2024

Antragsteller*in: JUBV

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 WESSEN WELT IST DIE WELT?

2 Dieses Arbeitsprogramm bildet die Grundlage der politischen Arbeit des Juso
3 Unterbezirksvorstandes Köln im Kalenderjahr 2024. Inhaltliche Schwerpunkte sowie
4 strukturelle Grundlagen sind Kern dieses Programms und müssen vom Vorstand
5 umgesetzt werden. Über die Umsetzung wird zum Ende der Amtszeit Rechenschaft
6 abgelegt.

7 DIESE WELT MUSS UNSER' SEIN!

8 Ein Blick auf Köln lässt leider keinen anderen Schluss zu: Diese Welt gehört den
9 Reichen und Mächtigen. Sie wird von elitären Politiker*innen verwaltet, die das
10 Leben derer, die sowieso schon viel haben, immer besser machen und das Leben
11 derer, die nicht vom Glück geküsst sind, kein bisschen interessiert. Durch jeden
12 Stadtbezirk ziehen sich Linien, häufig schon in Veedel erkennbar. Reich und arm,
13 gebildet und bildungsfern, laut und leise – zu oft heruntergebrochen auf sozial
14 und asozial.

15 Wir kämpfen dafür, diesen Zustand zu überwinden! Denn der Mythos des
16 Versprechens vom Aufstieg in eine höhere gesellschaftliche Klasse, bleibt denen
17 verwehrt, die sich auf Kölns Straßen durchkämpfen und gucken müssen, wo sie
18 bleiben. Wir verstehen diese Erzählungen der Vergangenheit als klassistische
19 Märchen, die sie sind. Stattdessen stellen wir die Verteilungsfrage in unserer
20 Stadt.

21 Ob Grund und Boden zum Bauen und Wohnen, die Natur und Wirtschaft für Klima und
22 Arbeitskraft: Ausbeutung jeder Art stellen wir uns in den Weg. Gemeinsam mit
23 unseren Verbündeten in dieser Gesellschaft sowie unserer Partei, wollen wir die
24 politischen Machtverhältnisse verändern und hin zu einer sozialen Stadt wirken.

25 **UNSERE ROTE FRONT GEGEN DIE RECHTEN**

26 Die politische Rechte ist auf dem Vormarsch. In einem Deutschland in dem die AfD
27 Bürgermeister und Landräte stellt, Umfragen volkspartei-ähnliche Erfolge
28 prophezeien und Sahra Wagenknecht mit ihrer neuen Partei rechte Narrative
29 bedient, braucht es mehr als nur: Wehret den Anfängen und sturmerprobt seit
30 1863.

31 Wenn Antifa Handarbeit ist, dann machen wir uns die Hände schmutzig. Ob in
32 intellektuellen Debatten, im Wahlkampf auf der Straße oder im privaten Kreis –
33 Rassismus, Sexismus und jede andere Form der Diskriminierung lassen wir nicht
34 zu. Hass ist kein Argument und Fremdenfeindlichkeit kein Grund um Menschen, ob
35 nun auf der Flucht oder schon seit Generationen hier, aus dem gesellschaftlichen
36 Leben zu drängen. Denn dabei bleibt es nicht. Die politische Rechte und alle
37 die, die ihre Narrative bedienen, öffnen Tür und Tor für Gewalttaten und
38 inhumanes Verhalten.

39 Durch unsere politische Arbeit, die von unterschiedlichen Identitäten geprägt
40 ist, leisten wir Widerstand. Wir widersprechen, machen auf Probleme aufmerksam
41 und überlassen weder der AfD noch anderen rechten Gruppen irgendwelche
42 gesellschaftlichen Räume. Wir sind stark, damit andere Safer Spaces haben
43 können.

44 **DIESES EUROPA IST NICHT UNSERE ANTWORT**

45 Einst als Friedensprojekt gestartet, leben wir heute in einer Festung, die
46 Menschenrechte mit Füßen tritt. Bei der anstehenden Wahl im Juni haben
47 Europäer*innen die Möglichkeit, zu zeigen, dass eine solche EU nicht in ihrem
48 Sinne ist. Die rechten Kräfte haben allerdings andere Vorstellung. Sie sind
49 unsere erklärten Feinde. Damit unser Europa die Möglichkeit hat, vielleicht doch
50 einmal die Antwort zu sein, braucht es progressive Kräfte.

51 Wir Jusos verstehen uns als solche. Leider ist die SPD mit ihren
52 Verantwortungsträger*innen viel zu häufig nicht an unserer Seite und überlässt
53 uns den Kampf gegen die rechten und reaktionären Kräfte. Deshalb kämpfen wir
54 sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD für unsere Überzeugungen und
55 streiten für unsere Ideen.

56 Eine Abkehr von der entmenschlichenden Migrationspolitik, der Einsatz für eine
57 gerechte und globale Steuerpolitik, die an die Verteilungsfrage geknüpft ist,
58 eine konsequente Klimapolitik und die Vermittlung demokratischer Überzeugungen
59 wie Meinungsfreiheit und die Würde des Menschen sind unsere Kernthemen.
60 Steigende Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit wollen wir nicht weiter
61 hinnehmen. Europa muss mehr Soziales wagen.

62 GEDENK- UND AKTIONSTAGE

63 Ein weiterer wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist die Aktivität auf der
64 Straße und im Netz. Ob es um die Unterstützung politischer Positionen oder die
65 Solidarität gegenüber Initiativen und Bündnissen geht – Ausdruck unseres Willen
66 diese Gesellschaft zu verändern ist das Lautsein. Dabei ist die Unterstützung
67 der Juso-Stadtbezirke essentiell, wenn wir allen Mitgliedern die Teilnahme
68 ermöglichen und besonders breit in der Stadtgesellschaft auftreten wollen.

69 Im kommenden Vorstandsjahr nehmen wir daher an mindestens folgenden Gedenk- und
70 Aktionstagen teil:

- 71 • Feministischer Kampftag

- 72 • Welttag gegen Rassismus

- 73 • Gedenktag zum Attentat von Hanau

- 74 • Tag der Arbeit

- 75 • Gedenktag für die Opfer der NSU-Anschläge in Köln (Keupstraße &
76 Probsteigasse)

- 77 • Gedenktage an die Opfer des NS-Regimes

- 78 • Reichspogromnacht

- 79 • Mauerfall

- 80 • Gedenktag für die Opfer des Völkermords an Sinti*zze und Rom*nja

- 81 • Holocaust Gedenktag

- 82
- CSD und IDAHOBIT

83 **GRUNDLAGEN UNSERER VERBANDSARBEIT**

84 Die Jusos sind der Modernisierungsmotor der SPD – deshalb liegt es in der
85 Verantwortung des Juso-Unterbezirksvorstandes regelmäßig die eigenen Strukturen
86 zu hinterfragen und sie gemeinsam mit den Mitgliedern auszubauen. Dafür ist eine
87 angenehme Diskurs- und Arbeitsatmosphäre unabdingbar, welche durch die
88 Einhaltung und Durchsetzung des Rabbich-Kodexes seitens des Vorstandes
89 gewährleistet werden muss: [Rabbich-Kodex](#).

90 Zu den bestehenden Strukturen und alten sowie neuen Arbeitsaufträgen zählen:

- 91
- Politik- und Feierabende
- 92
- Sorgfältige Neumitgliederarbeit und gezielte Ansprache inaktiver
93 Mitglieder
- 94
- Beständige Pressearbeit
- 95
- Langfristige Bündnisarbeit
- 96
- Betreuung der Homepage und Social-Media-Kanäle
- 97
- Organisation von Themenkonferenzen und min. einmal im Jahr einer
98 Unterbezirksdelegiertenkonferenz
- 99
- Vernetzung der Zusammenarbeit mit anderen Juso-Unterbezirken
- 100
- Organisation und Unterstützung der Arbeitskreise
- 101
- Grundsätzliche Unterstützung der Stadtbezirke und gemeinsame
102 Veranstaltungen vor Ort

- Einführung dauerhafter Awareness-Strukturen für die Jusos Köln

A2 Trinkwasserbrunnen ausbauen!

Antragsteller*in: SB Innenstadt, SB Mülheim, SB Nippes

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Wir fordern die Stadt Köln auf, deutlich mehr Trinkwasserbrunnen im öffentlichen
2 Raum zu installieren. Die weitgehende Flexibilität, die die Änderung des
3 Wasserhaushaltsgesetzes von 2022 den Städten und Gemeinden bei der lokalen
4 Umsetzung der EU-Trinkwasser-Richtlinie gewährt, darf nicht dazu führen, dass
5 Köln bei der öffentlichen Verfügbarkeit von Trinkwasser weiter zurückfällt.

6 Wir fordern die Stadt Köln auf,

- 7 • die aktuelle Anzahl von 13 Trinkwasserbrunnen auf mindestens 50 zu
8 erhöhen, sodass auf 100.000 Einwohner*innen mindestens 5
9 Trinkwasserbrunnen kommen

- 10 • sicherzustellen, dass alle Trinkwasserbrunnen sicher gegen Vandalismus,
11 barrierefrei und hygienisch sind

- 12 • eine gleichmäßige räumliche Verteilung der Trinkwasserbrunnen zu
13 gewährleisten, insbesondere aber zentrale, vielbesuchte und hitzeanfällige
14 Orte zu fokussieren

- 15 • ihr zuletzt entwickeltes Trinkwasserbrunnenkonzept offenzulegen

- 16 • sich beim Deutschen Städtetag dafür einsetzen, dass die Bundesländer die
17 Kommunen weiter finanziell beim Trinkwasserbrunnenausbau unterstützen

Begründung

Resolution 64/292 der VN-Generalversammlung (2010) erkennt das Recht auf sicheres und sauberes Trinkwasser als Menschenrecht an. Ziel 6 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle Menschen bis 2030. Die EU-Trinkwasserrichtlinie (2020/2184) für bessere Verfügbarkeit von Wasser wurde im November 2022 mit der Änderung des Wasserhaushaltgesetzes in deutsches Recht umgesetzt. Sofern technisch machbar und es dem lokalen Bedarf entspricht, werden Städte und Gemeinden darin verpflichtet, Trinkwasserbrunnen aufzustellen.

Der Ansatz der Stadt Köln ist jedoch ungenügend. Erst ein Antrag im Rats-Ausschuss „Anregungen und Beschwerden“ sowie Schüler*innen der Gesamtschule Holweide haben die Oberbürgermeisterin vor wenigen Jahren dazu veranlasst, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Trinkwasserbrunnenkonzepts zu beauftragen. In Köln gibt es nunmehr 13 öffentliche Trinkwasserbrunnen, also 1,2 pro 100.000 Einwohner*innen. Damit hinkt Köln hinterher: in München liegt der Schnitt bei 3,8 und in Berlin bei 5,5.

Die vorgebrachten Gegenargumente gegen einen Ausbau von Trinkwasserbrunnen - geringerer Umsatz von Herstellern abgepackten Wassers und von Restaurants mit kostenpflichtigem Leitungswasser - zeugen vom anachronistischen Umgang mit Trinkwasser in Deutschland. Vielmehr gibt es eindeutige Argumente für einen Ausbau, etwa hinsichtlich der Gesundheit. Laut einer Forsa-Umfrage von 2019 gelingt es nur jeder dritten Person in Deutschland nur teilweise, selten oder nie, täglich genug zu trinken. Dem gegenüber steht eine Yougov-Umfrage von 2022, der zufolge zwei Drittel der Befragten zukünftig frei verfügbares Trinkwasser nutzen zu wollen. Trinkwasserbrunnen entlang von beliebten Laufstrecken, z.B. am Rheinufer, könnten mehr Menschen zum Joggen motivieren. An Spielplätzen ermöglichen sie Familien, gerade den sozial schwächeren, eine längere Verweildauer und unbegleiteten Kindern die notwendige Wasseraufnahme. In Zeiten zunehmender Hitzewellen sind mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen auch eine Anpassung an den Klimawandel. Wohnungslose profitieren genauso. Zudem erhöhen Trinkwasserbrunnen die Aufenthaltsqualität an den Standorten.

Auch Umwelt und Klima profitieren. Schließlich reduziert weniger Kauf von Plastikflaschen den Plastikmüll sowie die Emissionen, die bei Produktion und Transport von Flaschenwasser entstehen. Die Deutsche Umwelthilfe schätzt, dass in Deutschland stündlich rund zwei Millionen Einweg-Plastikflaschen verwendet werden - runtergebrochen auf Köln also immerhin 25.000 Flaschen pro Stunde. Auch Tiere, etwa Krähen oder Bienen, nutzen Trinkwasserbrunnen. Ungenutztes Wasser, das aus Hygienegründen stets durchlaufen sollte, kann für Grünflächen nutzbar gemacht werden.

Mih Wasser för Kölle wör joot!

A3 Lasst die Revolution der freien Notdurft beginnen!

Antragsteller*in: SB Innenstadt

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die Stadtverwaltung hat bereits im Jahr 2022 einen Beschluss zur kostenfreien
2 Nutzung der öffentlichen Toiletten für alle getroffen. Dieser Beschluss ist ein
3 wichtiger Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und gleicher
4 Zugangsmöglichkeiten, insbesondere für Frauen, die bis heute 50 Cent zahlen
5 müssen.

6 Daher fordern wir:

- 7 • Die umgehende Umsetzung der bestehenden Beschlusslage, die vorsieht, dass
8 öffentliche Toiletten für ALLE kostenfrei zugänglich sein sollen. Hierzu
9 zählt insbesondere die Umrüstung bestehender Sanitäreinrichtungen.
- 10 • Die Erhöhung der Anzahl kostenfreier öffentlicher Toiletten, insbesondere
11 an hochfrequentierten Orten wie zum Beispiel Parks, Plätzen und
12 öffentlichen Verkehrsknotenpunkten, auf beiden Rheinseiten.

Begründung

Allerdings ist die Umsetzung dieses Beschlusses bisher nur unzureichend erfolgt. Zudem ist die Anzahl der (kostenfreien) Toiletten noch immer nicht ausreichend, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Toiletten sind eine essentielle Infrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zugänglich sein sollten und die für die Bewältigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse unverzichtbar sind. Sie garantieren Privatsphäre und gesundheitliche Hygiene. Insbesondere ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und Familien mit kleinen Kindern sind auf gut zugängliche und kostenfreie Toiletten angewiesen. Dies darf nicht zu einer Frage der finanziellen Möglichkeiten werden!

A4 Kinder aller Stadtbezirke vereinigt euch Spielplätze für das 21. Jahrhundert als Orte der Teilhabe begreifen

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Von Mühlheim bis Rodenkirchen und von Lindenthal bis Kalk spielen Kölner Kinder
2 auf Spielplätzen miteinander. Sie sind jederzeit allen Kindern frei und ohne
3 Kosten zugänglich. Dort sind Kinder unter sich, und Herkunft und finanzielle
4 Möglichkeiten ihrer Familien spielen keine Rolle. Spielplätze sind Orte, an
5 denen sich Kinder ohne Zutun von Erziehungsberechtigten begegnen können.

6 Damit Spielplätze auch als Orte der Teilhabe für Kindern dienen, müssen sie am
7 spannend, sicher und am Puls der Zeit bleiben.

8 Rutsche, Wippe und Schaukel sind nur dann spaßig, wenn man sie auch erreichen
9 kann.

10 2021 war der Anteil an sonnenbedingtem Hautkrebs doppelt so hoch wie im Jahr
11 2000. Gerade Kinderhaut ist besonders zart und anfällig für Sonnenbrände.

12 Wasser ist eine endliche Ressource der Umgang mit ihr muss spielerisch erlernt
13 werden.

14 Daher fordern wir bei Neugestaltung und Neuinstallation von Spielplätzen ein
15 Konzept für das 21. Jahrhundert.

16 Darunter verstehen wir Sonnensegel SPF 50+ zum sicheren Spielen.

17 Spielgeräte nicht nur im Sand damit auch Personen im Rollstuhl diese erreichen
18 können. Spielgeräte verschiedenen Anspruchs damit verschiedene Altersgruppen
19 angesprochen werden.

20 Wasserspender auf Kinderhöhe

- 21 Und Sonnencremespender für Tage mit besonders hohen Strahlungswerten
- 22 Außerdem schattige Bänke für sichere Pausen und begleitenden Eltern

A5 Weniger Zucker fänden wir sweet Forderung nach einer Sondersteuer auf Getränke und Molkereiprodukte die mehr als 5% Zucker beinhalten

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Zucker wird heute in der industriellen Lebensmittelproduktion nicht nur als Süße
2 sondern insbesondere auch als günstiger Füllstoff in verarbeiteten Lebensmitteln
3 verwendet. In den vergangenen 70 Jahren stieg der Pro Kopf Zuckerkonsum um circa
4 ein Drittel an. Mit verheerenden Folgen: Krankheiten wie Diabetes, Karies sind
5 heute Volkskrankheiten genau wie krankhaftes Übergewicht. Hand in Hand geht dies
6 mit steigenden Zuckerkonsum in verarbeiteten Lebensmitteln. Insbesondere lässt
7 sich auch ein Zusammenhang zwischen Krankheiten die auf Zuckerkonsum beruhen und
8 niedrigem Einkommen herstellen. Laut WHO würde dem eine Sondersteuer auf
9 Zuckerhaltige Getränke, Säfte, Milchersatzprodukte und Milchprodukte diesem
10 Trend entgegenwirken. Eine Studie der TU München und der Uni Liverpool
11 prognostiziert bei Einführung der Zuckersteuer eine Einsparpotential im
12 deutschen Gesundheitswesen von 16 Milliarden Euro in den nächsten 20 Jahren.
13 Länder wie GB, Frankreich, Finnland, Ungarn und Polen haben dies schon
14 erfolgreich eingeführt. Insbesondere in GB, wo 2018 schon eine Zuckersteuer
15 eingeführt wurde lässt sich einen Rückgang an Zucker in Lebensmitteln erkennen.

16 Daher fordern wir:

17 Sondersteuer auf Zucker bei mehr als 5g Zucker auf 100g Produkt

18 Großflächige Aufklärungskampagne zu den Folgen von Zucker in Lebensmitteln

A7 Den „letzten Safe Space für Männer“ entern Gleichstellung von queeren und herterosexuellen Personen bei der Anerkennung der Elternschaft

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Oft liest man in populärkulturellen Medien Sätze wie: “In den ersten Tagen und
2 Wochen einer Elternschaft sind alle Elternteile völlig erschöpft.” Aber queere
3 Eltern noch aus einem weiteren Grund:

4 Während bei verheirateten heterosexuellen Paaren der nichtgebärenden Ehemann
5 automatisch Elternteil des Kindes wird, muss bei verheirateten queeren Paaren
6 das nichtgebärenden Elternteil das eigene Kind adoptieren, um Elternteil zu
7 sein.

8 Dieses Verfahren bezeichnet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen
9 und Jugend als “Stiefkindadoption”.

10 Das Ministerium dazu auf seiner Homepage:

11 “Um eine Stiefkindadoption handelt es sich auch, wenn in einer lesbischen
12 Partnerschaft die Partnerin der leiblichen Mutter – etwa nach einer künstlichen
13 Befruchtung bzw. Samenspende – die rechtliche Elternschaft für das gemeinsame
14 Wunschkind erhalten möchte und dafür die Adoption des Kindes beantragt.”

15 Und weiter:

16 “Um das Wohl dieser Kinder zu garantieren, werden auch in diesen Fällen die
17 Voraussetzungen und die Eignung des annehmenden Elternteils geprüft.”

18 In Heteropartnerschaften wird dagegen der verheiratete Ehemann, selbst im Falle
19 einer Samenspende oder künstlichen Befruchtung, automatisch rechtlich als
20 Vater, und damit Elternteil, des Kindes anerkannt.

21 Abgesehen davon, dass hierin schon eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung
22 zwischen hetero und queeren Paaren liegt, bedeutet "Stiefkindadoption" in
23 Deutschland einen 6-12 Monaten andauernden steinigen Weg:

24 Zunächst muss sich das Paar an eine "nichtstaatliche" Vermittlungsstelle oder
25 das Jugendamt wenden, damit ihnen dort ein Beratungsschein ausgestellt
26 wird. Danach kann das Paar, notariell vertreten, beim Familiengericht einen
27 Adoptionsantrag stellen. Danach wird das Gericht über den Adoptionsantrag
28 entscheiden. Sofern alle Adoptionsvoraussetzungen -verheiratet sein/ in
29 eingetragener Lebensgemeinschaft sein mit dem gebärenden Elternteil und ein
30 Mindestalter von 21 Jahren- vorliegen.

31 Und auch wenn das staatliche Adoptionsverfahren in Deutschland kostenlos ist,
32 bedeutet es in der Regel dennoch Kosten, wie für Notar:in, Führungszeugnisse,
33 ärztliche Atteste, Auslagen im Gerichtsverfahren und Ähnliches. Kosten die
34 Heteropaaren nicht entstehen.

35 Und dies bezieht nicht einmal den tragischen Fall mit ein, dass das gebärende
36 Elternteil während des Verfahrens verstirbt.

37 In diesem Fall sind die Angehörigen des Verstorbenen (zum Beispiel Großeltern,
38 Tanten und Onkel) sorgeberechtigt.

39 All diese Risiken, Kosten, Zeit- und Stressfaktoren und der lange
40 Adoptionszeitraum nur, damit das Kind auch rechtlich als eigenes Kind anerkannt
41 wird.

42 Daher fordern wir:

43 Automatische Anerkennung von verheirateten queeren Partner:innen als Elternteil
44 im Falle der Geburt eines Kindes in der Ehe (entsprechend der Regelung für
45 heterosexuelle Paare).

46 Darüber hinaus muss auch -analog zu heterosexuellen Partner:innenschaften- für
47 queere Partner:innenschaften die Möglichkeit geschaffen werden, dass der
48 nichtgebärende Teil der Partner:innenschaft gegenüber dem Standesamt als
49 Elternteil mitgeteilt wird, wodurch dieses als rechtliches Elternteil anerkannt
50 wird.

51 Oder ganz kurz: Die Abschaffung der Notwendigkeit der Adoption des eigenen
52 Kindes durch das queere Elternteil.

A8 Nie wieder ist jetzt und auch in Zukunft!

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Der 7. Oktober war ein einschneidender Tag. Rund 1200 Menschen wurden ermordet,
2 davon 40 geköpfte Babies. Das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der
3 Zeit des Nationalsozialismus. Frauen, Männer und Kinder wurden abgeschlachtet
4 und bis heute sind über 130 Geiseln in Gewahrsam der Terrororganisation Hamas.
5 Was passiert in Deutschland? Der Antisemitismus macht sich deutlich bemerkbarer.
6 Jüdinnen und Juden verspüren immer mehr Angst. Synagogen, die angegriffen
7 werden, Menschen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ausgegrenzt und mit
8 Gewalt bedroht werden. Menschen können nicht mehr offen auf der Straße hebräisch
9 sprechen, ohne die Sorge zu haben, angegriffen zu werden. Davidsterne, die an
10 den Häusern von jüdischen Einwohnern bemalt werden, um diese zu markieren und
11 die Bewohnerinnen und Bewohner einzuschüchtern. Merkt ihr was? Richtig. All das
12 ist schon einmal passiert, nämlich im faschistischen Deutschland der 30er und
13 40er Jahre!

14 Auch in Bildungsstätten spitzt sich die Lage zu. So wird auf deutschen
15 Schulhöfen das Existenzrecht Israels abgesprochen oder auch die Phrase „from the
16 river to the sea“ gebrüllt. Dabei werden enorme Defizite bemerkbar. Sei es bei
17 den Lehrkräften, bei denen das regelrechte Fachwissen in Sachen
18 Differenzierbarkeit im Bezug auf den Antisemitismus schlichtweg nicht vorhanden
19 ist oder auch bei den Schülerinnen und Schülern, denen das Verständnis bezüglich
20 des Nahostkonfliktes fehlt und einige antisemitische Parolen um sich brüllen,
21 ohne zu verstehen oder zu reflektieren, dass es sich ganz klar um Antisemitismus
22 handelt! Des Weiteren sind Schülerinnen und Schüler über das Judentum sowie das
23 heutige jüdische Leben falsch oder sehr mangelhaft informiert. Man hört häufig
24 Aussagen wie „Juden? Die gibt's noch? “ bis hin zur Ahnungslosigkeit darüber,
25 dass es nur einen einzigen jüdischen Staat auf der Welt gibt. Zudem verbinden
26 viele Schülerinnen und Schüler, Jüdinnen und Juden nur mit Verfolgung und ihrer
27 Ermordung in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Schande, liebe Genossinnen
28 und Genossen!

29 Was fordern Wir?

30 Wir fordern verpflichtende Workshops zum Thema „Antisemitismus und Israel“ für
31 Lernende und Lehrende an weiterführenden Schulen. Antisemitismus muss bekämpft
32 werden und über all seine Ausprägungen und Ursprünge informiert werden. Sei es
33

34 rechter, linker, islamistischer oder Antisemitismus der „Mitte“. Es muss eine
35 grundlegende Aufklärung über das Judentum geben, wobei die Sekundarstufe I dazu
36 verpflichtet werden soll, eine Synagoge zu besuchen, um Schülerinnen und Schüler
37 das Judentum näherzubringen. Selbstverständlich wissen wir alle, wie kompliziert
38 der Nahostkonflikt ist. Aber es muss erwartbar sein, dass der Nahostkonflikt
39 ebenso wie die Geschichte des Staates Israel im Lehrplan der Fächer
Sozialwissenschaften wie auch Geschichte stehen muss!

40 Nie wieder ist jetzt!

**A9 Schwimmen lernen ohne dabei finanziell unter zu gehen -
Sozialverträgliche Preise bei der Kölner Bäder GmbH um Teilhabe möglich
zu machen**

Antragsteller*in: SB Lindenthal

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Zuletzt erregte im vergangenen Jahr eine Umfrage der Deutschen Lebens-Rettungs-
2 Gesellschaft (DLRG) Aufsehen. So sollen 20 % der Kinder zwischen sechs und zehn
3 Jahren nicht schwimmen können. Dieser Anteil soll sich in den vergangenen fünf
4 Jahren sogar verdoppelt haben und insbesondere durch die Pandemie-bedingten
5 Einschränkungen im Vereinsbetrieb und die Schulschließungen verstärkt worden
6 sein. [1]

7 Diese Entwicklung in Verbindung mit den hohen Preisen in den städtischen Bädern
8 wurde im September 2023 in der 20. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk
9 aufgegriffen. In einem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die
10 LINKE wurde ein KölnTag mit freiem Eintritt in den städtischen Bädern gefordert.
11 [2]

12 In der aktuellen Preispolitik der Bäder werden bspw. Azubis und Studierende
13 nicht ausreichend berücksichtigt. Das erschwert zum einen die Teilhabe junger
14 Menschen und zum anderen auch das Schwimmenlernen außerhalb des schulischen
15 Schwimmunterrichts.

16 Wir möchten die Dringlichkeit dieses Beschlusses der Kalker Bezirksvertretung
17 unterstreichen und fordern deshalb:

18 - Einführung eines KölnTags mit kostenfreiem Eintritt in den städtischen Bädern

19 - Anpassung der Preispolitik der KölnBäder mit besonderer Berücksichtigung von
20 jungen Menschen

21 - Ausbau der Kapazitäten in den städtischen Bädern durch verlängerte
22 Öffnungszeiten

23 - Ausbau der Förderung von Schwimmunterricht in Schulen, Vereinen und dem
24 Kursangebot der KölnBäder

25 [1] [https://www.sueddeutsche.de/panorama/nichtschwimmer-kinder-deutschland-](https://www.sueddeutsche.de/panorama/nichtschwimmer-kinder-deutschland-schwimmunterricht-studie-dlrg-1.5737853)
26 [schwimmunterricht-studie-dlrg-1.5737853](https://www.sueddeutsche.de/panorama/nichtschwimmer-kinder-deutschland-schwimmunterricht-studie-dlrg-1.5737853), 11-01-2024.

27 [2] <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=954371&type=do>, 11-01-
28 2024.

A10 Zuverlässige Mobilität - Buslinie 134

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die Linie 134 ist für Köln Weiß, sowie große Teile Sürths und Rodenkirchens, der
2 Uni-Bus. Seit der Umlegung der alten 130 ist sie die einzige Möglichkeit, direkt
3 zur Universität zu kommen. Absurderweise fährt sie jedoch zu studentischen
4 Stoßzeiten nicht. Zwischen 8.25 Uhr und 12.45 Uhr. In dieser Zeit müssen Studis
5 und andere Passagiere auf die Bahn und damit teils lange Fußwege, das Fahrrad
6 und bei schlechtem Wetter leider oft das Auto ausweichen. Um das zu ändern,
7 fordern wir:

- 8 • Die Weiterführung der Fahrten im üblichen Rythmus vor 12.45 Uhr

- 9 • Eine Verlängerung des Fahrbetriebs um 2 Stunden bis mindestens 19.43 Uhr
10 (stadtauswärts)

Begründung

Viele Vorlesungen beginnen um 10 oder 12 Uhr. Auch die Zeiten, in denen der Pendelverkehr um 9 Uhr durch ist, sind vorbei. Studierende, Arbeitnehmer*innen und Schüler*innen auf diese Weise mit längeren Wegen zu belasten oder ins Auto zu treiben, widerspricht allen Zielen, die sich die Stadt gesetzt hat. Auch abends ist der Verkehr um 17.43 Uhr nicht vorbei. Viele Vorlesungen enden um 19.30 Uhr, viele Arbeitstage ebenfalls nicht viel früher. Um einen sicheren und schnellen Heimweg zu ermöglichen, muss die 134 daher auch abends öfter fahren.

A11 Zuverlässige Mobilität - Stündlicher Bahnverkehr

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die letzten Jahre haben uns deutlich gezeigt, dass zuverlässiger, regelmäßiger
2 und erschwinglicher ÖPNV für die Infrastruktur unerlässlich ist. Insbesondere
3 aber haben die Erfahrungen des Deutschlandtickets uns gezeigt, dass die Angebote
4 auch wahrgenommen werden.

5 Leider ist es aber schlicht nicht möglich, die KVB zuverlässig zu nutzen. Nachts
6 werden unter der Woche auch die meistgenutzten Linien nicht befahren. Um endlich
7 auch nachts sicher und zuverlässig nach Hause zu kommen, fordern wir daher:

- 8 • Die Fahrzeiten der KVB-Bahnlinien auch unter der Woche zu erhöhen, dabei
9 reicht ein stündlicher Takt

- 10 • Der KVB obliegt es dabei, je nach Machbarkeit Linien zu priorisieren.
11 Linien, die sich auf weiter Strecke mit anderen überschneiden -im Kölner
12 Süden etwa die Linie 17- haben keine Priorität.

- 13 • Sollten Stadtverwaltung und KVB zu dem Ergebnis kommen, dass Nachtbusse,
14 die den Bahnlinien entsprechen, kosteneffizienter sind, ist das auch eine
15 Option.

Begründung

Köln ist eine Metropole, die sich in vielen Bereichen nicht vor Weltstädten verstecken muss. Wir sind Medien-, und Industriehochburg. Besonders aber sind wir die Kultur- und Partyhauptstadt der Region. Als solche hat Köln natürlich ein blühendes Nachtleben. Die Notwendigkeit eines verlässlichen KVB-Nachtverkehrs geht dabei über reine Bequemlichkeit hinaus. Er ermöglicht Personen aus den Randbezirken eine Teilhabe im kulturellen Kern Kölns, ohne dabei auf einen PKW angewiesen zu sein.

Auch die Sicherheit wird verbessert. Sowohl die Sicherheit auf den Straßen, da weniger nächtlicher Autoverkehr, insbesondere weniger Autoverkehr unter Alkoholeinfluss, die Gefahr für Unfälle verringert. Auch die persönliche Sicherheit für nächtliche Passanten und besonders Passantinnen wird durch die relativ sichere Reise in videoüberwachten Bahnen erhöht.

Die Forderung nach stündlichem Bahnverkehr ist dabei alles andere als utopisch. In Städten jeder Größe in Deutschland, gibt es nächtlichen ÖPNV, in vielen Fällen enger getaktet als stündlich.

A12 Zülpi autofrei (zwischen Zülpicher Platz und Dasselstraße)!

Antragsteller*in: SB Lindenthal, SB Innenstadt

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Im Sinne der Verkehrswende und einer Förderung nachhaltiger Verkehrsmittel
2 fordern wir die Umsetzung geeigneter verkehrlicher Maßnahmen, die den Kfz-
3 Verkehr aus der Zülpicher Straße heraushalten. Der freiwerdende öffentliche
4 Straßenraum, der bislang durch die parkenden Privatfahrzeuge besetzt wird, soll
5 stattdessen für Fuß- und Fahrradwege, Außengastronomie oder sonstige kulturelle
6 Nutzungen genutzt werden. Neben Radfahrenden sollen lediglich die notwendigen
7 Lieferverkehre, Rettungsfahrzeuge und die KVB in die Zülpicher Straße einfahren
8 können. Ziel ist es, eine menschenfreundliche statt autofreundliche Innenstadt
9 zu verwirklichen.

10 Die verkehrlichen Maßnahmen sollen zunächst in Form eines Verkehrsversuchs für
11 einen befristeten Zeitraum getestet werden. Bei der Konzeption und Auswertung
12 des Verkehrsversuch sollen alle betroffenen Akteursgruppen (Anwohner*innen,
13 Ladenbesitzer*innen, Gewerbetreibende, Pendler*innen, Nutzer*innen der
14 Gastronomie, Verkehrsbetriebe etc.) frühzeitig und umfangreich beteiligt werden.

Begründung

Herleitung: Die Zülpicher Straße dient nicht nur als studentisch geprägte Ausgehmeile, sondern auch als wichtige Radwegeverbindung zwischen dem Zentralcampus der Universität zu Köln und der Kölner Innenstadt. Dennoch besteht dort ein erhebliches Missverhältnis zwischen jenen Flächen im öffentlichen Straßenraum, die durch Fußgänger*innen und Radfahrende genutzt werden können und den Flächen, die den Kraftfahrzeugen (Kfz) zur Verfügung stehen. Folgen der mangelnden Flächen für Fußgänger*innen und Radfahrende sind Verkehrsunfälle (die Zülpicher Straße ist ein "Unfallschwerpunkt mit Fahrradbeteiligung" gemäß Landesbetrieb NRW, Stand 2020) und ein geringes Sicherheitsempfinden. Hinzu kommt, dass die Straße bisweilen von "Autoposern" frequentiert wird und insbesondere weiblich gelesene Personen Belästigungen ausgesetzt sind.

In den vergangenen Jahren wurden bereits Maßnahmen umgesetzt, die den Kfz-Durchgangsverkehr entlang der Zülpicher Straße deutlich reduziert haben (Sperrung der Zülpicher Straße im Bereich der Mensa ab 2017,

autofreie Umgestaltung des Zülpicher Platzes ab 2021). Nun ist es Zeit für weiterreichende Maßnahmen im zentralen Bereich der Zülpicher Straße zwischen Zülpicher Platz und Dasselstraße!

Hintergrund: Ein Verkehrsversuch ist eine geplante sowie befristete Erprobung von Verkehrsmaßnahmen auf rechtlicher Grundlage der Straßenverkehrsordnung (§ 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6). Während des Verkehrsversuchs werden dessen Auswirkungen untersucht. Es wird beispielsweise evaluiert, wie sich die Verkehrsströme verändern. Im Sinne eines „Stadtexperiments“ können dadurch neue Maßnahmen ausprobiert und schrittweise weiterentwickelt werden. Der Verkehrsversuch kann dadurch ungewohnte Lösungen erfahrbar machen und die Angst vor Veränderungen nehmen. Gleichzeitig hat der Versuch den Vorteil, dass im Fall von sich daraus ergebenden Problemen schnell nachgebessert werden kann. Das führt zum einen dazu, dass durch die zeitliche Begrenzung des Versuchs die mögliche antagonistische Haltung Autofahrender begegnet werden kann und zum anderen führt es für alle Beteiligten zu einer langfristigen und zufriedenstellenden Lösung.

Insbesondere vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit durchgeführten Verkehrsversuche (z.B. an der Venloer Straße oder der Deutzer Freiheit), die teilweise kontrovers diskutiert und kritisiert wurden, muss im vorliegenden Fall eine ausführliche Vorbereitung seitens der Stadtverwaltung mit umfangreichen Informationskampagnen zu den geplanten Maßnahmen und einer frühzeitiger Beteiligung aller relevanten Anlieger erfolgen. Nur durch eine zielgerichtete Kommunikation und Vorbereitung kann es gelingen, die Stadtgesellschaft von den Vorteilen der Verkehrswende und den Chancen, die ein autoarmer öffentlicher Raum mit sich bringt, zu überzeugen!

A13 Kein Anschluss unter diesem Ticket – für Fahrgastrechte beim Deutschlandticket

Antragsteller*in: Jusus Kalk
Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: UB-Parteitag der SPD Köln, Landesparteitag der SPD NRW, Bundesparteitag der SPD

Antragstext

1 Bahnfahrende müssen sich darauf verlassen können, dass Sie – wenn schon nicht
2 pünktlich – zumindest schnellstmöglich ans Ziel kommen. Egal mit welchem Ticket.

3 Daher fordern wir die Einstufung des Deutschlandtickets als stark ermäßigtes
4 Beförderungsentgelt seit dem 15. August 2023 und die damit verbundenen
5 Einschränkungen der Fahrgastrechte rückgängig zu machen.

6 Nutzer*innen des Nah- und Regionalverkehrs müssen sich darauf verlassen können,
7 auch bei Verspätungen ihr Ziel in einer zumutbaren Zeit zu erreichen. Daher muss
8 das Recht bei Verspätungen und verpassten Anschlüssen einen Fernzug zu nutzen,
9 auch mit dem Deutschlandticket oder anderen Nahverkehrstickets gewährleistet
10 werden.

11 Falls eine Differenzierung zum Fernverkehr als Notwendig erachtet wird kann der
12 Umstieg auf „höherwertige Verkehrsmittel“ alternativ erst ab einer erwarteten
13 Verspätung von 60 Minuten erlaubt werden. Möglichem Missbrauch kann ggf. durch
14 digitale technische Lösungen begegnet werden (z.B. kostenlose Reservierung der
15 gewählten Verbindung im Voraus in der DB-App um die geplante Fahrt
16 nachzuweisen).

17 Der Entschädigungsbetrag von 1,50€ pro Verspätungsfall soll zudem erhöht werden.
18 Eine digitale Einreichung des Fahrgastrechteformulars muss ermöglicht werden.
19 Das Sammeln und Einreichen von Verspätungen soll sowohl über die Website der
20 Bahn, als auch die DB-Navigator App möglich gemacht werden. Das Ausdrucken und
21 Sammeln von Papieranträgen für einen Entschädigungsbetrag von 1,50€, der erst ab
22 einer Summe von 4€ ausgezahlt wird, ist realitätsfremd und unattraktiv. Mit
23 einer einfacheren Entschädigungsmöglichkeit soll der Bahn auch im Nahverkehr der

24 Anreiz gegeben werden, die Pünktlichkeit zu erhöhen.

Begründung

Seit August 2023 enthält die die Eisenbahnverkehrs-Verordnung (EVO) den folgenden Absatz: „Das Entgelt für das Deutschlandticket gilt als erheblich ermäßigtes Beförderungsentgelt im Sinne des Absatzes 2.“ (§3 (4) EVO)

Wer also derzeit ein Deutschlandticket besitzt hat bei Umstiegs-Verbindungen die Wahl: Entweder das Ticket und die grundsätzliche Möglichkeit Deutschlandweit spontan mobil zu sein von vornherein nicht nutzen und im Voraus einen Sparpreis mit Fernverkehrsanteil zu kaufen, oder zu riskieren bei Verspätungen und verpassten Anschlüssen Stundenlang warten oder einen teuren Flexpreis kaufen zu müssen. Verspätungen sind nervig genug, die eingeschränkten Fahrgastrechte machen das Deutschlandticket jedoch zu einem nervenaufreibenden Glücksspiel. Wer mit anderen Zügen trotz Verspätung pünktlich oder geringerer Verspätung ans Ziel gelangen könnte darf nicht gezwungen werden stundenlang auf den nächsten Regionalzug zu warten oder im Zweifelsfall gar nicht mehr ans Ziel zu kommen oder doch noch ein weiteres Ticket zu zahlen.

Wer dann noch drei Verspätungen Sammeln, drei Formulare ausdrucken und einen Brief verschicken soll, um eine Entschädigung von 4,50€ zu sammeln, ist zu recht wütend auf die Deutsche Bahn, wird aber in der Regel auf seine Rechte ganz verzichten. Ein digitales Entschädigungssystem von nennenswertem Umfang würde stattdessen einen Anreiz für die Bahn bieten, Verspätungsforderungen durch mehr Pünktlichkeit, statt durch bürokratische Hürden, zu vermeiden.

Ähnliche und zum Teil weitergehende Forderungen wurden vom Verbraucherzentrale Bundesverband im Vorfeld der Änderungen in einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses (Dr.S. 20(15)115-A) geltend gemacht:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/942598/c0870ec2382706280429cffd3a5f84d5/2-0-15-155-A-vzby-Jungbluth-data.pdf>

A14 Inflation meets Drogenhilfe in Kalk

Antragsteller*in: Jusos Kalk
Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: UB-Parteitag der SPD Köln

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern eine angemessene Anpassung des Budgets des
2 geplanten Drogenkonsumraumes in Köln Kalk. Die Anpassung soll
3 mindestens der inflationsbedingten Preisentwicklung, sowie der
4 gestiegenen Personal- und Sachkosten seit 2017 Rechnung tragen.

Begründung

Die Finanzierung des geplanten Drogenkonsumraum (DKR) in Köln Kalk, welcher für die Anwohnenden, für die Drogenkonsumierenden und die Beteiligten in der Drogenhilfe eine enorme Hilfestellung wäre, ist absehbar fehlkalkuliert. Das Budget für den laufenden Betrieb des DKR wurde 2017 mit 300.000€ geplant (für Miete, Nebenkosten, Personalkosten, Material für Reinigung, Konsumutensilien, Anschaffung PC usw.), Für den Umbau der Räumlichkeiten sind 350.000€ veranschlagt worden. Das war für 2017 schon sehr niedrig angesetzt und nach heutigem Stand erst recht. Mit dem Budget ist geplant, dass der DRK Sechs Stunden am Tag geöffnet sein soll (1). Anschaffung von medizinischen Gerätschaften wie Defibrillatoren, Krankenliege, Sauerstoffgeräte, Desinfektionsgeräte etc. müssen in der Finanzplanung berücksichtigt werden.

Vision ev., ein in Kalk ansässiger Verein für Drogenselbsthilfe, bewirbt sich um die Betreuung des DKRS. Vision bezweifelt, dass die aktuell geplanten Kosten für eine sechsstündige tägliche Betreuung des DKRS ausreichen werden. Daher sprechen sie sich für ein jährliches Budget von 800-900 Tausend Euro aus und postulieren, dass der DRK längerer Öffnungszeiten haben soll.

Zum Vergleich: Der DKR am Neumarkt hat mit dem Ratsbeschluss vom 9.2.2023 neue Öffnungszeiten bekommen. Dort öffnet der DKR montags bis samstags von 08:00 Uhr bis 23:00 Uhr in der Wunschvorstellung. Die realen Öffnungszeiten weichen aufgrund Personalmangels ab. Dafür werden in der Haushaltsplanung 2024 1,14 Millionen Euro für Personalkosten und Siebzigtausend Euro für Sachaufwendungen bereitgestellt (2).

Die Nutzenden des DKRs wurden erhoben. Die tägliche Anzahl der Nutzenden hat sich von Ende Mai bis Anfang Oktober knapp verdreifacht. Der Rat konstatiert mit der steigenden Anzahl der Nutzenden des DRK am Neumark selbst, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten notwendig war und dass es allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt. Dann bitte auch für die besonders betroffenen Bezirke.

Ein Drogenkonsumraum hilft nicht nur den Bürgerinnen und Bürger, die durch den stark angestiegenen öffentlichen Drogenkonsum beeinträchtigt werden, sondern auch den Drogenkonsumierenden, die in einer geschützten Umgebung unter sterilen Umständen Drogen nehmen können. Dies verhindert Drogentote.

Zeitgleich ist ein DRK die

Möglichkeit mit den Drogenkonsumierenden in Kontakt zu treten und ihnen Hilfsangebote zu stellen. Dies ist unter anderem dann gut, wenn der DKR – wie geplant – von einem lokalen Verein betrieben wird, der in der Szene vernetzt ist.

(1) <https://www.ksta.de/koeln/kalk/kalk-veedel/kalk-politiker-kritisieren-stadt-wegen-geplantem-konsumraum-514915>

(2) Ratsbeschluss der Stadt Köln zum Drogenhilfeangebot am Neumark 9.2.2023
3439/2022.

A15 What the hell is going on with the Drogenstatistik

Antragsteller*in: Jusos Kalk

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: UB-Parteitag der SPD Köln

Antragstext

1 Wir fordern von der Stadt Köln eine umfassende Datenerhebung zum Drogenkonsum in
2 Köln. Insbesondere sollte die Erhebung die Zahl der Konsumierenden differenziert
3 nach Stadtbezirken erfassen. Hierbei ist es auch wichtig, dass nicht nur der
4 Zugang, also wie häufig Personen Hilfeleistungen in Anspruch nehmen, gezählt
5 wird, sondern auch die bloße Personenanzahl. Dafür braucht es eine Verbesserung
6 im Bereich der Digitalisierung der Drogenstatistik, denn diese bildet die
7 Grundlage für eine fundierte Zusammenarbeit zwischen den Drogenhilfevereinen und
8 der Stadt Köln und der Möglichkeit, den Drogenkonsum in Köln realitätsnah
9 abzubilden.

Begründung

Die Realität des Drogenkonsums ist auch in Köln Alltag. Die Stadt Köln sieht sich mit vielen verschiedenen Herausforderungen im Zusammenhang mit Drogenkonsum konfrontiert, jedoch gibt es kaum verlässliche Zahlen, die diese Tatsachen dokumentieren. Ohne verlässliche Daten zu der Zahl an Konsumierenden und den Hintergründen des Konsums sind fundierte Entscheidungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit nicht möglich. Zudem wird durch die fehlende Digitalisierung in den Ämtern der Stadt Köln die Erfassung der Zahlen zusätzlich erschwert.

Das aktuelle Angebot an Datenerhebungen beschränkt sich leider oft auf bloßen Zahlen für ein Bundesland¹ oder eine Stadt und geben keine weiteren Informationen regionalen Besonderheiten. Die „Wastewater Analysis and Drugs-Untersuchung“ wird seit 2011 in mehr als 100 europäischen Städten von der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Konsum (EMCDDA) in 16 deutschen Städten wie Berlin, Stuttgart, München, Frankfurt, Hamburg, Dresden und Dortmund getätigt – jedoch nicht in Köln. Bei dieser Untersuchung werden Abwasser einer Stadt auf Drogenrückstände untersucht, um dann das Drogenverhalten der Bewohner einer Stadt zu analysieren². Die Stadt Köln lehnte die Teilnahme mit der Begründung ab, dass es „genauere und relevantere wissenschaftlichen Ansätze“ gibt³. Zahlen lassen sich zwar auch auf Köln übertragen, trotzdem fehlt es an genaueren Angaben zum Konsum in Köln und seinen Ausprägungen.

Fragen über Konsumierende und die Herkunft der Drogen beantworten andere Untersuchungen wie zum Beispiel das Epidemiologische Suchtsurvey (ESA)⁴, mit dem der Drogenkonsum in der deutschen Bevölkerung erfasst wird. Eine solche Erhebung reicht jedoch nicht aus, da effektive Maßnahmen den Einbezug städtischer Besonderheiten wie die Beobachtung von Hotspots oder Brennpunkten erfordert.

Der Kerndatensatz stellt die Grundlage für die einheitliche Dokumentation in ambulanten und stationären Einrichtungen dar, in denen Personen mit substanzbezogenen Störungen sowie stoffungebundenen Suchtformen in Deutschland beraten, betreut und behandelt werden. Solchen groben Zahlen sind für Vereine vor Ort wenig hilfreich. Die Stadtverwaltung sollte die Möglichkeiten der Erfassung ausweiten. Die Zahlen der Konsumierenden werden aktuell an den von den Vereinen getätigten Dienstleistungen, wie beispielsweise an der Ausgabe von Spritzen geschätzt. Diese Schätzungen werden dann von der Stadt hochgerechnet und bilden somit die einzige Grundlage für die Information zum Drogenkonsum in Köln.

Erst im Jahr 2021 hat die Stadt Köln begonnen, die Dienstleistung der Drogenhilfe nach dem Kerndatensatz zu erheben (Spritzenvergabe, Beratungsangebote, Menschen und ihre persönlichen Daten)⁵. Genau Zahlen, die die Menge an Konsumierenden in der Stadt widerspiegeln sind aus der aktuellen Dokumentation nicht ersichtlich, da Personen aktuell nach dem Zugang zu Drogenhilfeangeboten und nicht nach Personen gezählt werden. Wenn eine Person beispielsweise drei Mal in einer Woche Hilfeleistungen in einer Drogenhilfeeinrichtungen erhalten hat, wird diese Person drei Mal gezählt, obwohl es sich dabei nur um eine Person handelt. Folglich wäre es sinnvoll, neben dem Zugang, zusätzlich die Anzahl der Personen zu erfassen, die Hilfeleistungen in Anspruch nehmen. Des Weiteren wäre es sinnvolleine regionale Statistik durch Zahlen zu drogenbedingten Todesfällen und Überdosierungen zu ergänzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass das Ausmaß des Drogenkonsums in Köln auch angemessen dargestellt wird. Zudem ist Köln im Bereich der Digitalisierung sehr rückständig, insbesondere was die Erfassung von Daten zum Drogenkonsum in Köln angeht. Die Dokumentation des Kerndatensatzes erfolgt händisch in einer Excel-Tabelle und schreitet damit nur mühselig voran. Eine Verbesserung der Digitalisierung ermöglicht es, präzisere und zeitnahe Daten zu erfassen, was die Grundlage für effektive Maßnahmen schafft.

Es braucht eine stärkere Vernetzung zwischen den Vereinen und der Stadt Köln. Um gezielte Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, Ressourcen effizient einzusetzen und spezifische Programme zur Unterstützung von Drogenkonsument:innen zu implementieren, braucht es umfangreiche Daten für die Vereine in den Stadtbezirken. Gezielte und effektive Maßnahmen erfordern ein genaues Lagebild darüber, wer konsumiert und wo Konsum häufig auftritt.

[1https://www.isd-hamburg.de/nrw/KDS2017-ErgaenzungenNRW_Manual.pdf](https://www.isd-hamburg.de/nrw/KDS2017-ErgaenzungenNRW_Manual.pdf)

[2](#)

[3https://www.ksta.de/koeln/kokain-heroin-ecstasy-co-was-wo-und-wie-viel-wird-in-koeln-konsumiert-599583](https://www.ksta.de/koeln/kokain-heroin-ecstasy-co-was-wo-und-wie-viel-wird-in-koeln-konsumiert-599583)

[4https://www.esa-survey.de/](https://www.esa-survey.de/)

[5https://www.suchthilfestatistik.de/fileadmin/user_upload_dshs/02_kds/2023-01-01_Manual_Kerndatensatz_3.0.pdf](https://www.suchthilfestatistik.de/fileadmin/user_upload_dshs/02_kds/2023-01-01_Manual_Kerndatensatz_3.0.pdf)

A16 Hoch die internationale Solidarität mit Israel!

Antragsteller*in: Jusos Kalk

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die Jusos Köln schließen eine Zusammenarbeit mit Young Struggle, der
2 Internationalen Jugend, dem Solinetzwerk, Zora und dem Frauenkollektiv aus. Dazu
3 gehören insbesondere gemeinsame Veranstaltungen, offizielle
4 Demonstrationsaufrufe sowie Bündnisse zu Aktions- und Gedenktagen. Sollten
5 mehrere weitere Organisationen an einem solchen Ereignis oder Bündnis beteiligt
6 sein, zieht sich der JUBV aus der Zusammenarbeit zurück und informiert die
7 weiteren Gruppen über die Gründe hierfür.

Begründung

Bündnisarbeit ist von großer Bedeutung, wenn es darum geht, politische Ziele zu erreichen. Prinzipiell ist eine umfassende Bündnisarbeit, gerade zu den inhaltlichen Säulen der Jusos - Antifaschismus, Feminismus, Internationalismus, Sozialismus - daher anzustreben. In vielen Fällen werden dabei kleinere oder größere inhaltliche Differenzen zu Tage treten – die meisten davon dürften im konkreten Fall jedoch keine Hürde darstellen. Es gibt jedoch auch klare rote Linien in der Bündnisarbeit. Hierzu gehören traditionell die Gegensätze zu den Grundeinstellungen der Jusos, beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Antifeminismus und Misogynie, Nationalismus sowie Queerfeindlichkeit.

Gerade angesichts militärischer, paramilitärischer und terroristischer Ausschreitungen im Nahen Osten gewinnt dabei auch die israelsolidarische Haltung der Jusos an Bedeutung. Die im Antragstext benannten Gruppierungen sind in der Vergangenheit durch israelbezogenen Antisemitismus¹ aufgefallen bzw. sprechen Israel das Existenzrecht ab, wie im Folgenden exemplarisch dargestellt wird:

- Bereits 2021 nutzte Young Struggle Köln die Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des rassistischen Hanau-Attentats, um israelbezogene antisemitische Aussagen zu treffen - darunter Genozidvorwürfe. Im Nachgang dieser Veranstaltung wurde zudem ein Statement veröffentlicht, das die Befreiung Palästinas "from the river to the sea" verteidigte, was gleichbedeutend mit der Vernichtung des Staates Israel ist.² Auf der Website von Young Struggle wird der Angriff des 7.10. gefeiert und die Rolle der „revolutionären und fortschrittlichen Organisationen Palästinas“ dabei besonders hervorgehoben. Dort heißt es zudem: „Natürlich befürworten wir nicht die unnötige

Ermordung von Zivilist:innen durch politisch-islamische Kräfte wie die Hamas und erst Recht keine patriarchalen Kriegspraktiken. Trotzdem ändert das nichts an der Legitimität des Befreiungsschlags.“ Der Text schließt unter anderem mit der Parole „Vom Fluss bis zum Meer“.³

- Nach den Angriffen der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023 legitimierten und relativierten das Frauenkollektiv, die IJ und das Solinetzwerk diese Angriffe. Sie schrieben davon, dass ein „Ende der Besatzung notwendig“ sei, damit die Palästinenser*innen sich im Anschluss wieder ihrer klassistischen Gesellschaft bewusst würden und diese Zustände aufbrechen könnten. Wörtlich heißt es: „Als Sozialist:innen stehen wir für eine Welt des Friedens und der Freiheit ein. Wir wissen, dass der Weg dahin über den Kampf gegen die eigene herrschende Klasse verläuft, gegen die eigene Bourgeoisie. Doch wo eine Besatzung von Außen herrscht, tritt dieser Widerspruch im Bewusstsein der Masse der Unterdrückten in den Hintergrund – so auch in Palästina. Die nationale Selbstbestimmung ist deshalb eine notwendige Übergangsstufe, sodass der Widerspruch im Innern wieder sichtbar werden kann.“⁴
- Zora Köln nahm 2023, ebenso wie das Frauenkollektiv, an der Demonstration zum 75. Jahrestag der Nakba teil. Zur „Operation Al-Aqsa Flut“ vom 7.10.2023, bei welcher an einem Tag mehr jüdische Personen ermordet wurden als an jedem Tag seit der Shoah, findet sich ein Text auf der bundesweiten Zora-Website. Die Organisation feiert den Tag als „Fortschritt“. Zwar wird darin auch die reaktionäre Ideologie der Hamas hervorgehoben und auch auf deren Frauenfeindlichkeit eingegangen. Allerdings seien „die Fragen nach Klassenkampf und Frauenrevolution [...] in der jetzigen Phase, in der sich Palästina als besetztes und kolonialisiertes Land befindet, sekundär. Es ist die nationale Frage, die momentan einer dringenden Lösung bedarf.“ Auch dieser Text endet mit der Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“⁵.

Gruppen, die sich als antifaschistisch und sozialistisch verstehen, dürfen niemals Angriffe und Geiselnahmen wie die am 07.10.2023 bagatellisieren und als fortschrittlich darstellen. Sie haben sich damit nicht nur persönlich als Antisemit:innen geoutet. Sie rechtfertigen damit neben dem eigenen Antisemitismus auch Bestialität. Wer derartige Geschehnisse auf der Welt nicht anders als durch schlichte, seit Jahrzehnten veraltete antiimperialistische Schablonen betrachten kann und die gezielte Ermordung von 1400 jüdisch gelesenen Menschen als legitimen „Befreiungsschlag“ charakterisiert, darf kein:e Partner:in der Kölner Jusos sein.

¹Israelbezogener Antisemitismus meint, dass antisemitische Vorurteile auf den Staat Israel übertragen werden (ausführliche Definition: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/326790/israelbezogener-antisemitismus>). Kritik an der Politik des Staates Israel ist dabei von Delegitimierung des Staates an sich, seiner Dämonisierung und der Anlegung höherer moralischer Ansprüche als an andere Staaten (Doppelstandards) zu trennen.

² Text " Vom Jordan bis nach Hanau", geschrieben von Tom Uhlig, erschienen in der Jungle World, 11.03.2021, <https://jungle.world/artikel/2021/10/vom-jordan-bis-nach-hanau> [26.10.23]

³ Text „Die Al-Aqsa Flut – Der Gefängnisausbruch des palästinensischen Volkes“, Verfasser:in unbekannt, veröffentlicht am 10. Oktober 2023, <https://young-struggle.org/die-al-aqsa-flut-der-gefaengnisausbruch-des-palaestinensischen-volkes/> [26.10.2023]

⁴ Posting „Hoch die internationale Solidarität!“ vom 9. Oktober 2023, https://www.instagram.com/p/CyMW4ShMzxw/?hl=en&img_index=5 [26.10.2023]

⁵ Text „Für den kompromisslosen Widerstand des palästinensischen Volkes!, Verfasser:in unbekannt, veröffentlicht am 10. Oktober 2023, <https://zora-online.org/2023/10/10/fur-den-kompromisslosen-widerstand-des-palastinensischen-volkes/> [26.10.2023]

A17 Leididee für die Mobilität in Köln

Antragsteller*in: SB Mülheim SB Nippes

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 **Wir fordern: Bei der Neugestaltung von Straßen und Mobilität sollen sich alle**
2 **SPD-SBs an folgenden Leitlinien orientieren:**

3
4 **Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV + Rad + Fußverkehr)**

- 5 • **Ausbau des ÖPNVs durch**
 - 6 ◦ **Situative Bevorzugung des Bussverkehrs z.B. durch Busspuren**
7 **(besonders in den Außenbezirken)**
 - 8 ◦ **Barrierefreier Ausbau/Umbau der ÖPNV-Infrastruktur**
- 9 • **Intensiver Ausbau/Umbau der Radinfrastruktur**
 - 10 ◦ **Qualitativ: Durch eine bauliche Trennung zur Fahrbahn (bietet**
11 **Sicherheit)**
 - 12 ◦ **Quantitativ: Anzahl der Radwege**
- 13 • **Stärkung des Fußverkehrs durch**
 - 14 ◦ **Breit ausgebaute Gehwege**
 - 15 ◦ **Ausweitung von Fußgänger*innenzonen**

16 **Zurückdrängung des MIVs (mobilisierten Individualverkehrs)**

- 17 • **Push-Maßnahmen**

- 18 • **Reduzierung von Parkplätzen**
- 19 • **Erhöhung der Parkgebühren**
- 20 • **Sozialverträgliche Erhöhung der Preise für Bewohner*innenparkausweise**

Begründung

Begründung: Die Klimakrise schreitet voran und Köln muss mithalten. Kommende Projekte müssen zukunftsorientiert und nachhaltig sein. Um als SPD hier eine einheitliche und in der Sache konsequente Politik umsetzen zu können, benötigen wir klare Leitlinien. Diese wollen wir mit diesem Leitkonzept heute schaffen. So können wir die begrenzten Kölner Flächen effizient nutzen, die Verkehrssicherheit erhöhen und die Lebensqualität durch Lärmreduzierung und Feinstaubbelastung zurückdrängen. Für ein solidarisches Köln.

A18 Mehr Wumms für BOMs

Antragsteller*in: SB Mülheim SB Nippes

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 **Die Jusos Köln-Mülheim und Köln-Nippes fordern, dass bei der Verteilung der**
2 **bezirksorientierten Haushaltsmittel (BOMs) ein Sozialindex Berücksichtigung**
3 **findet. Dabei sollen Kriterien wie Bildung, Armut und Arbeitslosigkeit**
4 **einfließen und die Vereinsdichte in den Stadtbezirken angemessen gewürdigt**
5 **werden.**

Begründung

Begründung:

Bezirksorientierte Haushaltsmittel sind Finanzmittel der Stadtbezirke (§37 III GO NRW). Die jeweiligen Bezirksvertretungen stimmen auf Antrag darüber ab, ob bürger*innenschaftliches Engagement finanziell gefördert wird. Dadurch werden z.B. Einzelpersonen, Vereine oder Organisationen in die Lage versetzt, Gelder zu beantragen, sodass ihre Projekte entsprechend bezuschusst werden. Die Bandbreite ist hierbei riesig. Exemplarisch wurden in der Vergangenheit folgende Anträge gestellt:

- Förderung einer Kunstaktion ^[1]
- Förderung einer Jugendfarm ^[2]
- Förderung eines dekolonisierenden Denkmals ^[3]
- Förderung eines Seniorennetzwerkes zur Durchführung eines Fests ^[4]
- Förderung einer Beetpatenschaft ^[5]

- Förderung eines Willkommenfest^[6]

- Förderung einer Inline-Speedskating-Meisterschaft^[7]

Aktuell erhalten alle Stadtbezirke einen Grundbetrag von 30.000€ zuzüglich einer an der Zahl der Einwohner*innen orientierte Summe in Höhe von 1,07€ pro Einwohner*in. Für das Jahr 2022 bedeutet das, dass Lindenthal insgesamt 193.000€ erhielt, Chorweiler 118.000€.^[8]

Mittels einer Verteilung durch einen fairen, solidarischen Sozialindex sollen insbesondere finanzschwache Stadtbezirke gefördert werden. BOMs werden vor allem durch Vereine und Organisationen vor Ort in Anspruch genommen, die sich für ein soziales Miteinander in den Stadtbezirken einsetzen. Wir wollen dieses Engagement zielgerichteter unterstützen und so zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen.

^[1] <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=961459&type=do>

^[2] <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=961465&type=do>

^[3] <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=961476&type=do>

^[4] <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=955387&type=do>

^[5] <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=944400&type=do>

^[6] <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=928914&type=do>

^[7] <https://ratsinformation.sta>

[dt-koeln.de/getfile.asp?id=928053&type=do](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=928053&type=do)

^[8] für genaue Zahlen, siehe S.

935: https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf20/2022/1_hpl_2022_band1_final_nach_bezr.pdf

A19 Weniger CO2 für Merz' Mittelschicht - Landeverbot für Privatjets an deutschen Flughäfen

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 **Wir fordern ein Start- und Landeverbot für Privatjets an deutschen Flughäfen.**

Begründung

Begründung:

Beim Kampf gegen den Klimawandel fangen wir bei denen an, die am meisten CO2 ausstoßen: Den Reichen! Gemeinsam gegen eine elitäre Dekadenz des Spätkapitalismus.

A20 Karneval für Alle!

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Wir fordern, dass die Praxis beendet wird, öffentliche Plätze und Straßen wie
2 den Heumarkt zu Veranstaltungen des Straßenkarnevals durch Erwerb
3 kostenpflichtiger Tickets zu regulieren. Der Eintritt soll kostenlos sein.
4 Entscheidend ist ,damit wer zuerst gekommen ist und nicht wie tief sein/ihr
5 Geldbeutel ist. Einen Einlassstopp aufgrund von Überfüllung sehen wir aber
6 weiterhin positiv.

Begründung

Begründung:

Karneval gehört uns allen und nicht nur denen, die es sich leisten können. Der Straßenkarneval auf öffentlichen Plätzen ganz besonders!

A21 Mehr Raum für Drogen!

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die Jusos Köln-Mülheim fordern, die Erweiterung und Förderung von
2 Drogenkonsumräumen in Köln. Seit der Eröffnung des ersten Drogenkonsumraums am
3 Hauptbahnhof im Jahr 2001 und eines weiteren am Neumarkt, haben diese Räume ihre
4 Bedeutung für die Gesundheit und Sicherheit von Drogenabhängigen bewiesen. Sie
5 bieten hygienische Konsumbedingungen und Zugang zu Beratung sowie medizinischer
6 Versorgung. Trotz Plänen für einen weiteren Konsumraum in Köln-Kalk gibt es
7 Verzögerungen, hauptsächlich wegen Personalproblemen. Geplant war, im letzten
8 Sommer an der Dillenburger Straße 27 einen solchen Raum zu eröffnen. Die
9 Bezirksvertreter äußerten Unzufriedenheit darüber, dass keine öffentlichen
10 Informationsveranstaltungen für Anwohner und den Stadtteil geplant sind,
11 besonders angesichts der nahen Eröffnung einer großen Schule. Christian Robyns,
12 der SPD-Fraktionsvorsitzende, fordert die Verwaltung auf, einen
13 Informationsabend zu veranstalten. Weiterhin wird kritisiert, dass das
14 Engagement des Selbsthilfevereins Vision in der Nähe des geplanten Konsumraums
15 nicht genug anerkannt wird. Es wird an die Stadt appelliert, diese Aspekte in
16 ihre Kommunikations- und Planungsstrategie aufzunehmen, um den Prozess der
17 Eröffnung eines weiteren Drogenkonsumraums in Köln-Kalk erfolgreich
18 abzuschließen.

Begründung

Drogenkonsumräume sind essentiell für die Entstigmatisierung von Drogenabhängigkeit und bieten verbesserte Konsumbedingungen. Die medizinische Aufsicht und die Verfügbarkeit von Beratungsdiensten tragen maßgeblich zur Prävention von gesundheitlichen Notfällen und zur Förderung des Ausstiegs aus der Sucht bei. Johannes Nießen, Leiter des Kölner Gesundheitsamtes, sagt über das bisherige städtische Suchthilfeangebot: "Der Drogenkonsumraum am Neumarkt hat in seiner etwas mehr als einjährigen Geschichte bereits einen Beitrag geleistet, täglich eine große Zahl von Süchtigen von der Straße zu holen und ihnen einen hygienischen und sicheren Schutzraum zu bieten, von dem aus weiterführende Hilfe angeboten wird. Die Substitutionsambulanz hat seit ihrem Start 1989 einer noch viel größeren Zahl von Menschen die Rückkehr in ein normales und geregeltes Leben ermöglicht."

A22 “Wir bieten dir” einen Scheiß

Antragsteller*in: SB Mülheim

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Arbeitgeber*innen sollen dazu verpflichtet werden, künftig bei der Anwerbung
2 von Arbeitnehmer*innen auf die gesetzlichen Mindeststandards für
3 Arbeitsbedingungen hinzuweisen, statt diese als Angebote des*der Arbeitgebers*in
4 darzustellen.

Begründung

Begründung:

“Wir bieten dir einen Stundenlohn von 12,41 Euro”

“Wir bieten dir 20 Tage Urlaub pro Jahr.”

“Wir bieten dir bis zu 6 Wochen Entgeltzahlung im Krankheitsfall.”

“Wir bieten dir pünktliche Lohnzahlung.”

So oder ähnlich lesen sich häufig Stellenangebote von Arbeitgeber*innen. Neben Obstkörben und einem tollen Betriebsklima listen Arbeitgeber*innen zunehmend Maßnahmen auf, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind, wie die Zahlung des Mindestlohns oder die Mindestanzahl des gesetzlichen Urlaubsanspruchs, um Arbeitnehmer*innen eine besondere Leistung des*der Arbeitgebers*in zu suggerieren. Damit muss Schluss sein - Arbeitnehmer*innen müssen bei der Stellenwahl besser wissen können, was ihnen gesetzlich zusteht und was ihnen der*die Arbeitgeber*in zusätzlich bietet, damit sie in einer starken Verhandlungsposition agieren können.

A23 Keine Diskussion: Lotta bleibt!

Antragsteller*in: SB Innenstadt

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Seit 1995 ist die Lotta in der Südstadt eine Institution. Von einem Kollektiv
2 geführt, verbindet sie seit Jahren Kneipe, Kultur und Politik in einzigartiger
3 Weise. Ob als altlinker Punk bei diversen Punkrockabenden, besserwisserischer
4 Theorie-Nerd beim Kneipenquiz oder einfach als Freund:in eines gepflegten
5 Kölschs: In der Lotta fühlen sich Linke wohl. In dieser Rolle strahlt die Lotta
6 weit über die Innenstadt hinaus.

7 Nun soll das Haus am Kartäuserwall 12, in dem die Lotta beheimatet ist, verkauft
8 werden. Die Betreiber:innen befürchten, dass der Verkauf zu einem ähnlichen
9 Schicksal führen könnte, wie es das Nachbarhaus erlitt: Dieses wurde vor
10 einigen Jahren nach dem Verkauf Stück für Stück entmietet und abgerissen.
11 Aktuell entstehen dort hochpreisige Wohnungen. Das Lotta-Kollektiv warnt, dass
12 dies nicht nur die Lotta in ihrer Existenz, sondern auch die Mietenden in den
13 Wohnungen über der Lotta bedrohen würde.

14 Deshalb hat das Lotta-Kollektiv die Initiative "Auftrag Südstadt" gegründet, die
15 derzeit an der Gründung eines Vereins arbeitet. Ziel ist es, das Haus, in dem
16 die Lotta ist, zu kaufen und in eine soziale Nutzung zu überführen. Die Lotta:
17 "Das genaue Modell für eine soziale Übernahme des Hauses befindet sich noch im
18 Entstehungsprozess. Wie genau es aussehen soll, wird sich in den nächsten Wochen
19 entscheiden."

20 Die Gentrifizierung von Stadtteilen, die horrende Inflation der Mietpreise und
21 die stetige Verdrängung von Kunst- und Kulturräumen sowie linken Treffpunkten
22 ist uns Jusos schon seit langem ein Dorn im Auge. Auch die Südstadt ist von
23 dieser Entwicklung seit Jahren unübersehbar betroffen. Wir erklären uns deshalb
24 uneingeschränkt solidarisch mit dem Lotta-Kollektiv und ihren Plänen, diesen
25 wichtigen Kulturraum zu schützen und beizubehalten.

26 Wir fordern deshalb:

- 27
28
1. Dass die Stadt Köln alles rechtlich Mögliche tut, die Lotta in ihrem Bestand zu sichern.
- 29
30
2. Dass die KölnSPD sich hinter die Initiative "Auftrag Südstadt" stellt und ihr politische Rückendeckung gibt.
- 31
32
33
3. Dass die SPD-Fraktionen in Rat und Bezirk und im Besonderen die Juso-Abgeordneten darauf hinwirken, dass die Verwaltung ihr möglichstes zur Erhaltung der Lotta und des günstigen Wohnraums im Kartäuserwall 12 tut.

A24 Noch einmal Jungfrau für 2500€

Antragsteller*in: Roter Salon

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: Der Rote Salon

Antragstext

1 **Der Rote Salon fordert Aufklärung statt Profit!**

2 **1. Die Kosten für eine „Hymenoplastik“ dürfen nicht höher sein als die Material-**
3 **und Personalkosten, die dabei entstehen.**

4 **2. Ärztliche Pflicht zur Aufklärung über das Hymen und den Mythos des**
5 **Jungfernhäutchens.**

6 **3. Ausbau von Anlaufstellen für Frauen und Mädchen, die kultur- traditionellem**
7 **oder religiösem Druck, des Konstrukts „Jungfernhäutchen“ ausgesetzt sind. Damit**
8 **einhergehend sollen kostenfreie Angebote für effektivere und weniger radikale**
9 **und zudem unbedenkliche Alternativen angeboten werden, wie beispielsweise**
10 **Blutkapsel.**

11 **4. Aufklärungspflicht in der Schule durch Sexualberater*innen**

Begründung

Begründung:

+++ Kleiner Disclaimer vorab: Es wurden einige Anlaufstellen für Frauen und Chirurg*innen selbst angefragt, jedoch kamen die Rückmeldung nicht mehr rechtzeitig, vor Abgabe der Anträge an. Daher erfolgt eine Ergänzung aus fachlicher Sicht mündlich. +++

Einführung in die Thematik:

In einigen Kulturen wird von Frauen erwartet, dass sie Jungfräulich in die Ehe gehen. Ihre Jungfräulichkeit gilt nicht etwa, dann als bewiesen, wenn die Frauen sagen Sie hätten noch keinen penetrativen Sex gehabt, sondern dann, wenn von der Hochzeitsnacht Blut im Laken zurückbleibt. Diesen kulturellen, traditionellen und religiösen Erwartungen, können die betroffenen Frauen, jedoch rein aus Anatomischer Gründen nicht mit Sicherheit gerecht werden. Das sogenannte „Jungfernhäutchen“ oder medizinisch korrekt „Hymen“, ist keine Frischhaltefolienartige Schicht, die den Vaginaleingang verschließt und beim penetrativen Sex einreißt, sondern mehr ein dehnbaren Schleimhautkranz, auch vulvinale Corona genannt. Dessen Beschaffenheit ist von Person zu Person und unabhängig von jeglichen sexuellen Vorerfahrungen verschieden. Wenn es beim ersten Sex zur Blutung kommt, dann handelt es sich meist dabei, um eine Verletzung der inneren Schleimhaut. Das "Jungfernhäutchen" ist einzig und allein eine Erfindung des Patriarchats aus einer Zeit, in der Frauen noch als Besitztum des Mannes angesehen wurden und dient der Unterdrückung der Sexuellenfreiheit der Frau. Einige betroffene Frauen wenden sich deshalb hilfeschend, an Plastische Chirurg*innen, die eine sogenannte „Jungfernhäutchen Rekonstruktion" oder auch „Hymenoplastik“ anbieten. Dies ist ein chirurgischer Eingriff, der darauf abzielt, den Eindruck zu erwecken, dass das „Jungfernhäutchen“ einer Frau wieder „intakt“ ist.

Die Operationen können unterschiedlich ablaufen. Eine Methode ist die Verengung vom Hymen. Dabei wird meist unter lokaler Betäubung, das Hymen fein eingeschnitten und die dadurch entstandenen Wundflächen wieder zusammengenäht. Wie jede Operation, ist auch diese nicht risikofrei. Postoperative Blutungen, Infektionen und Störungen der Wundheilung sind mögliche Folgen.

Problematik:

Wenn man online nach Anbietern für die „Hymenoplastik“ sucht, dann findet man nur wenige Chirurg*innen, die über das „Jungfernhäutchen“ aufklären und gleichzeitig Verständnis für die Betroffenen zeigen (Jugendliebe). Die meisten Suchtreffer sind Anbieter*innen die implizieren, dass sie das „gerissene Jungfernhäutchen“ wieder verschließen können. Sie werben mit Sätzen wie „Jungfernhäutchen wiederherstellen – Der diskrete Eingriff für Ihre Reinheit“ (aesthetix). Auch Plattformen die vermeidlich über die Rekonstruktion aufklären verwenden Sätze wie „Sind noch Überreste des ersten Jungfernhäutchens vorhanden, wirkt sich dieser Aspekt positiv auf den (operationen) Preis aus.“ (operation.net) Damit untermauern Sie den Mythos um die Jungfräulichkeit der Frau und werden ihrem Humanen und Ethischen-Auftrag nicht gerecht. Doch der fehlende Wille zur korrekten Aufklärung ist nicht allein das Problem, sondern die Bereicherung durch diese Art von Operationen. Nicht wenige Ärzt*innen berechnen ihren Patientinnen zwischen 1.200-3.500 € für die Operation. Sie nutzen damit die Not der Frauen aufs Bitterste aus. Hinzu kommt, dass die Operation noch lange keine Garantie dafür ist, dass die Frauen durch die „Blutprobe“ in der Hochzeitsnacht ihre Jungfräulichkeit „beweisen" können. Auch Unternehmen machen mit dem Konzept der Jungfräulichkeit Geld und verlangen horrenden Summen für Blutkapseln. Ein Beispiel dafür ist das Unternehmen Virginia Care. Die Blutkapseln sind eine gute und weniger radikale Alternative zu der „Hymenoplastik“. Die Kapseln können ein paar Stunden vor dem Geschlechtsverkehr eingeführt

werden.

Quellen:

Westheimer, Ruth; Liebermann, Louis. (1990). Sex und Moral. Verlag Berlitz.

ARD Mediathek. (n.d.). Mythos Jungfernhäutchen. Verfügbar unter:

<https://www.ardmediathek.de/video/doku-und-reportage/mythos-jungfernhaeutchen/br-fernsehen/Y3JpZDovL2JyLmRIL3ZpZGVvL2QwZjc1NTVjLWU4ODktNGQxO-S04ZTAyLTc5OWY2Yjl2Y2E0Ng>

- **Bibliothek der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. (n.d.). Vom Mythos Jungfernhäutchen. Verfügbar unter:** https://opendata.uni-halle.de/bitstream/1981185920/31840/1/B%C3%B6melburgRosa_Vom_Mythos_Jungfernhaeutchen.pdf
- **Jugendliebe. (n.d.). Jungfernhäutchenrekonstruktion. Verfügbar unter:** <https://jugendliebe.de/jungfernhaeutchenrekonstruktion/>
- **MCAesthetics. (n.d.). Jungfernhäutchen wiederherstellen. Verfügbar unter:** <https://mcaesthetics.de/jungfernhaeutchen-wiederherstellen/>
- **Operation.net. (n.d.). Jungfernhäutchen rekonstruieren. Verfügbar unter:** <https://www.operation.net/operation/jungfernhaeutchen-rekonstruieren>
- **SRF. (n.d.). Immer mehr Operationen - Das Diktat der Jungfräulichkeit. Verfügbar unter:** <https://www.srf.ch/news/schweiz/immer-mehr-operationen-das-diktat-der-jungfraeulichkeit>
- **Virginia Care. (n.d.). VirginiaCare Blutkapseln. Verfügbar unter:** <https://www.virginia-care.de/products/virginiacare-blutkapseln>

- **Universität Augsburg. (n.d.). Jungfernhautchen als Fetisch: Diskurse um sexuelle Anfangs- und Endpunkte in der zeitgenössischen Populärkultur. Verfügbar unter: <https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/80987/file/80987.pdf>**

A25 Knallhartes Verbot: Verkaufs- und Nutzungsverbot von Böllern

Antragsteller*in: SB Mülheim SB Nippes

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Wir fordern ein bundesweites Verkaufs- und Nutzungsverbot von Böllern. In erster
2 Linie verursacht der Einsatz von Böllern erhebliche Umweltschäden. Die
3 Freisetzung von Schadstoffen wie Schwefel und Schwermetallen während der
4 Verbrennung trägt zur Luftverschmutzung bei und belastet Boden und Gewässer.
5 Insbesondere in urbanen Gebieten verschärft das Abbrennen von Feuerwerk die
6 ohnehin schon angespannte Luftqualität.

7 Darüber hinaus weisen Gesundheitsexperten darauf hin, dass der Lärm und die
8 Erschütterungen durch Böller für Mensch und Tier schädlich sein können.
9 Haustiere leiden oft unter erheblichem Stress, und bei Menschen können
10 insbesondere Kinder, Ältere und Menschen mit gesundheitlichen Problemen negative
11 Auswirkungen wie Schlafstörungen oder Angstzustände erfahren.

12 Ein weiterer Aspekt, der für ein Verbot spricht, ist die öffentliche Sicherheit.
13 Jedes Jahr ereignen sich zahlreiche Unfälle, die auf unsachgemäße Verwendung von
14 Feuerwerk zurückzuführen sind. Brandverletzungen, Verlust von Gliedmaßen und
15 Brände sind tragische Folgen, die oft mit der euphorischen Stimmung des
16 Jahreswechsels in Verbindung gebracht werden. Vor allem in Berlin sind
17 kriegsähnliche Zustände rund um Neujahr zu verzeichnen.

18 Dieser Antrag richtet sich jedoch nicht an ein flächendeckendes Raketenverbot.
19 Hier geht es primär um ein Verbot von Knallkörpern, welche in unserer Hinsicht
20 keinen Mehrwert für die Neujahresfeier bieten.

Begründung

Begründung:

Die Großstädte würden von diesem Verbot besonders profitieren. Das Landesimmissionsschutzrecht bietet Möglichkeiten der Justierung nach den jeweils gegebenen kommunalen Situationen. In

Nordrhein-Westfalen wurden bereits Regelungen erlassen, meist zum Schutz besonders schonungsbedürftiger Gebiete. Hier setzen wir auf eine einheitliche, bundesweite Regelung.

Zahlreiche Einsätze durch Polizei und Feuerwehr könnten verhindert werden, was auch erhebliche Steuergelder einsparen würde. Die Luftverschmutzung schreitet voran und die Städte müssen mithalten. Kommende Projekte müssen die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und nachhaltig sein. Um als SPD hier eine einheitliche und in der Sache konsequente Politik umsetzen zu können, benötigen wir klare Leitlinien. Diese wollen wir mit diesem Leitkonzept heute schaffen.

A26 Nachhaltigkeitswoche - Die Zukunft der Kinder

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die von uns allen gemeinsam
2 bewältigt werden muss.

3 Es ist wichtig, Kinder so früh wie möglich zu erreichen und sie für die Themen
4 der Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Die Schaffung eines Bewusstseins für
5 Nachhaltigkeit sollte möglichst von Kindesalter an geschehen.

6 Kinder sollten lernen, die Auswirkungen ihres Handelns auf andere und die Natur
7 zu erkennen und sich so zu verhalten, dass möglichst niemand benachteiligt wird.

8 Kinder müssen befähigt werden, eine nachhaltige Zukunft mit zu gestalten. Es ist
9 ihre Zukunft.

10 Deshalb fordern wir verpflichtend eine Nachhaltigkeitswoche im Stil einer
11 Projektwoche für städtische Schulen:

- 12 • die während der regulären Schulzeit stattfindet.
- 13 • Themen wie Klimawandel, Erneuerbare Energien, Recycling, Mobilität,
14 Konsumverhalten behandelt.

Begründung

Der Klimawandel hat Auswirkungen auf verschiedene Aspekte unseres Lebens. Er führt Naturkatastrophen wie Stürme, Überschwemmungen oder Dürren hervor, welche unsere Lebensgrundlagen gefährden können. Veränderungen in der Verfügbarkeit notwendiger Ressourcen, beispielsweise Wasser und Energie, können durch Klimawandel erzeugt werden.

Die Auswirkungen des Klimawandels können bereits heute gespürt werden. Neben längeren Hitzeperioden im

Sommer häufen sich Starkregenereignisse und Überschwemmungen. Eines von vielen Beispielen ist die Flutkatastrophe vom Juli 2021 im Ahrtal.

A27 Kölsche Kuddelmuddel: Die Stadt-App für alle Menschen in Köln

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: Ratsfraktion der Stadt Köln

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln auf, eine neue, umfassendere Smart-City-
2 Stadt-App zu entwickeln und kostenlos zur Verfügung zu stellen.

3 Die Möglichkeiten einer Smart City App gehen weit über das, was aktuell in Köln,
4 aber auch in anderen Großstädten, genutzt wird. Um das volle Potenzial zu
5 entfalten, soll unter der Leitung der Stabsstelle Digitalisierung und zusammen
6 mit den Stadttöchtern, ein Projektteam gegründet werden. Dieses Projektteam soll
7 die Ausgestaltung und Initiierung der App begleiten und vorantreiben. In die
8 Stadt Köln App sind dabei zeitnah folgende Funktionen zu integrieren:

- 9 • Öffnungszeiten und Ansprechpersonen der Stadtverwaltung, inklusive
10 Konzerntöchter

- 11 • Städtische Verwaltungsservice für die mobile Abwicklung von digitalen
12 Behördengängen und Versand von Anträgen und Anhängen

- 13 • Interoperable Mobilitätsplattform für eine verbesserte und
14 individualisierte Verkehrsplanung

- 15 • Allgemeine Warnungen (gemäß BBK), Wettermeldungen und Mitteilungen der
16 Stadt

- 17 • Informationen zu Events und Veranstaltungen, Freizeit-, Gastro-,
18 Gesundheits-, Einkaufstipps

19 • Abfallkalender

20 • Mängelmelder

21 • Digitale Bibliothek

22 In der App müssen nicht nur die Konzerntöchter, wie KVB, AWB, GEW oder Bäder
23 GmbH, sondern auch lokale Vereine, Akteure und Geschäfte aktiv mit eingebunden
24 werden. Insbesondere in der laufenden Pflege der Daten kann so eine Entlastung
25 der Stadtverwaltung und die Verlässlichkeit der Informationen garantiert werden.
26 Zudem kann die Zusammenarbeit mit Unternehmen als Einnahmequelle geprüft werden,
27 da diese sich präsentieren und eine zusätzliche Anlaufstelle für die
28 Bürger*innen bilden können.

29 Mit der Veröffentlichung der App soll dabei nicht gewartet werden, bis alle
30 Funktionen implementiert wurden. Die App soll zu einem frühen Zeitpunkt mit
31 wenigen Funktionen veröffentlicht und anschließend sukzessive erweitert werden.
32 Die App soll eine eigenständige Version für Android und Apple sein.

33 Bei der Entwicklung und Betreuung der App muss die Stadt folgende Punkte
34 zwingend beachten:

- 35 • Einhaltung höchster IT-Sicherheitsstandards, mindestens BSI Grundschutz

- 36 • Einhaltung geltender Datenschutzrichtlinien und vollständige Transparenz
37 für die Bürger*innen zum Umgang mit den Daten

- 38 • Barrierefreiheit gemäß BITV 2.0

- 39 • Einfache und intuitive Handhabung und Nutzung der App für alle
40 Bürger*innen, unabhängig von der technischen Affinität

- 41 • Möglichkeiten der automatischen Übersetzung

- 42 • Möglichkeiten der Nutzung der BundID für den Log-In für den digitalen

43 Verwaltungsservice

44 Die Zielgruppe der App sind dabei alle Menschen in der Stadt Köln.

Begründung

Im letzten Jahr wurde die App der Stadt Köln, auf Grund fehlender Updates, aus den bekannten App-Stores genommen ([Artikel des Kölner Stadtanzeigers](#)). Schon vorher kam es wiederholt zu technischen Problemen und große Neuerungen sowie eine Überholung des Designs blieben aus.

Eine Großstadt wie Köln braucht eine funktionierende App: Sowohl als Informationskanal für alle Menschen, die in der Stadt Köln wohnen und/oder arbeiten als auch als Austauschkanal zwischen Bürger*innen und Stadtverwaltung, aber auch zwischen Bürger*innen untereinander und mit Vereinen, Unternehmen und weiteren Akteuren.

Eine von vielen Säulen mitgetragene App schafft einen großen Mehrwert für jeden einzelnen Menschen in Köln und stärkt gleichzeitig die lokalen Vereine und Geschäfte. Die Kanäle lassen sich dabei individuell einrichten, was beispielsweise Folgendes ermöglicht (Nur eine Auswahl, nicht alles ernst gemeint):

- Schnelles und unkompliziertes melden von Mängeln (Straßenschäden, Abfall, Falschparker*innen...) und Nachverfolgung der Behebung
- Alle Termine im Rhein-Energie-Stadion mitzubekommen, vom nächsten FC-Heimspiel bis hin zum Kasalla-Konzert
- Übersicht zu den Öffnungszeiten der Flohmärkte am Wochenende oder meiner Lieblingseisdiele im Winter
- Automatische Erinnerung über das Ablauf meines Personalausweises mit dem direkten Link zur Terminbuchung oder über das Ablauf meines Bewohnerparkausweises mit dem direkten Link für das Online-Formular (beide Verwaltungsakte lassen sich bereits so digital abwickeln)
- Immer zu wissen, welche Tonne morgen vor die Tür gestellt werden muss und im Zweifelsfall am Abend vorher eine Push-Up Benachrichtigung bekommen

- Einsehen der Trainingstermine meines Volleyballvereins um die Ecke oder der Link zum nächsten Fitnessstudio
- Als Geh-Beeinträchtigte Person kann ich mich mit Freiwilligen matchen, die mich zum Einkaufen oder zur Wahlurne fahren
- Die Stadt Köln kann Warnungen abgeben zur Höhe des Rheinpegels oder zur Situation auf der Deutzerbrücke am CSD
- Über die App schaue ich nach, ob das von mir benötigte Werkzeug in der Bibliothek verfügbar ist und leihe es direkt aus; gleichzeitig leihe ich mir zum 11. mal "Das Kapital" von Marx aus und fange diesmal wirklich an es zu lesen

Da sich die App an alle Menschen in Köln richtet, müssen auch alle angesprochen werden, unabhängig von Einschränkungen, Alter, Sprachbarrieren oder fehlender technischer Affinität.

A28 Studieren ist kein Luxusgut – Entlastung jetzt!

Antragsteller*in: Juso Hochschulgruppe Köln

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Wir fordern:

2 Das Land NRW muss die Studierendenwerke angemessen ausfinanzieren. Diese sind
3 seit länger Zeit chronisch unterfinanziert, aber durch den Betrieb von Mensen
4 und Wohnheimen elementarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur an der Uni.

5 Aktuell beträgt der sogenannte "Sozialbeitrag" an der Uni Köln 110€ pro
6 Semester. Dieser muss vom Land NRW übernommen werden.

Begründung

Durch Inflation und hohe Mietpreise wird ein Hochschulstudium immer mehr zu einem exklusiven Luxus. Das muss verhindert werden. Wir müssen Studierende sofort und unkompliziert entlasten. Ein einfacher Weg, eine flächendeckende Entlastung zu erreichen, ist die Übernahme der Sozialbeiträge.

A29 Zuverlässige Mobilität - KVB Radstationen in Randgebieten

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Immer mehr Menschen in Köln nutzen die KVB. Darüber hinaus gibt es viele
2 Menschen, die mittlerweile auf Ausleihräder oder E- Scooter zurückgreifen. Um
3 die Menschen in Köln und vor allem in den etwas weiter entfernt liegenden
4 Veedeln eine bessere Anbindung an die Stadt zu bieten, fordern wir einen Ausbau
5 der KVB Radstationen in den Gebieten, in denen das Abstellen dieser Räder nur an
6 Stationen möglich ist. Teilweise sind Stadtteile wie Köln- Meschenich überhaupt
7 nicht an das Netz angeschlossen.

Begründung

Obwohl die KVB Räder preislich mit den E-Scootern verschiedener Anbieter gut mithalten können, werden sie nicht ansatzweise so stark nachgefragt. Die nicht vorhandene Verfügbarkeit, vor allem in den Randgebieten ist ein großer Nachteil.

Uns ist es ein Anliegen, ganz nebenbei die körperliche Fitness und damit einhergehende Gesundheit junger Menschen zu fördern. Diese wird durch die Wahl des Fahrrads gegenüber den E Scooter verbessert. In Zeiten, in denen große Teile unserer Gesellschaft fettleibig sind, Sportvereinsmitgliederzahlen rückgängig sind und Jugendliche sich zunehmend weniger bewegen, kann schon die kleine Fahrradfahrt einen kleinen Teil zu mehr Bewegung beitragen.

Wenn es in einer Millionenstadt wie Köln unter der Woche schon zeitweise keinen Straßenbahn Dienst gibt (gemeint ist die Zeit zwischen 2 und 5 Uhr), so sollte man doch zumindest eine gebührenpflichtige Radausleihe der KVB Räder in allen Stadtteilen Kölns anbieten müssen!

Eine ausführlichere Begründung erfolgt mündlich.

A30 Konzept zum Umgang mit der AfD: Kein Fußbreit den Faschist*innen

Antragsteller*in: JUBV

Tagesordnungspunkt: 9.1. Beratung der restlichen Anträge

Antragstext

1 Die AfD ist auf dem Vormarsch. Bei der Europawahl in diesem Jahr wird sie
2 aktuellen Umfragen zufolge über 20%, bei den Landtagswahlen in Thüringen,
3 Sachsen und Brandenburg sogar über 30% der Stimmen holen. Gleichzeitig
4 radikalisiert sie sich zunehmend - jeder intern geführte Machtkampf der letzten
5 Jahre ging zugunsten der radikalen, rechten Kräfte aus, und ein Ende dieser
6 Entwicklung ist nicht zu erkennen.

7 Das zeigt nicht zuletzt das rechtsextreme Geheimtreffen, das von Correctiv
8 aufgedeckt wurde und an dem auch AfD-Politiker:innen teilgenommen haben. Bei
9 diesem Treffen wurde die millionenfache Deportation von BIPOC nach Afrika
10 geplant. Halbgare Distanzierungsversuche der AfD-Spitze, die das Treffen als
11 rein private Veranstaltung ohne AfD-Bezug zu verkaufen versucht, können nicht
12 darüber hinwegtäuschen, dass rassistische Vertreibungsfantasien zum Wesenskern
13 der AfD gehören. Die Partei ist nicht nur eine Gefahr für Demokratie und
14 Rechtsstaat in Deutschland, sondern vor allem eine ganz konkrete Bedrohung für
15 BIPOC und queere Menschen.

16 Der JUBV wurde deshalb bei der UBDK im vergangenen Jahr beauftragt, ein Konzept
17 zum Umgang mit der AfD zu entwickeln. Um dieses Konzept auf eine inhaltlich
18 fundierte Basis zu stellen, haben wir im November Politikwissenschaftler Marcel
19 Lewandowsky, dessen Forschungsschwerpunkt unter anderem Populismus ist, zu Gast
20 gehabt. Dabei haben wir gelernt: Der Anteil der AfD-Wählerschaft mit einem
21 latent oder manifest rechtsextremen Weltbild beträgt rund 56%. Über 70% der AfD-
22 Wähler:innen haben zudem eine ganz oder teilweise populistische Einstellung
23 gegenüber den politischen Verhältnissen.

24 Im Vortrag wurde uns aufgezeigt, dass politische Einstellungen von den Parteien
25 häufig nicht gemacht, sondern lediglich abgerufen werden. Rechtsextreme oder
26 populistische Einstellungen existieren also auch bei Wähler:innen anderer
27 Parteien. Sie werden durch eine negative Wahrnehmung der Gesamtsituation, der
28 Regierungsp performance und der eigenen Lage lediglich abgerufen - weshalb die

29 aktuelle, krisengeschüttelte Situation dazu führt, dass sich vermehrt Menschen
30 zur Wahl der AfD entscheiden.

31 Das alles wirft natürlich die Frage auf, wie wir konkret mit der AfD umzugehen
32 haben. Marcel Lewandowsky machte in seinem Vortrag klar, dass es die eine,
33 perfekte Strategie nicht gibt. Er wies aber darauf hin, dass ein Adaptieren der
34 Positionen der AfD, wie es in Teilen der Union und der FDP derzeit versucht
35 wird, keine geeignete Strategie ist - dies führe nur zur Normalisierung
36 rechtsextremer Positionen und trage zur Stärkung der AfD bei. Alles, was
37 Normalisierungseffekte nach sich zieht, gilt es für uns also zu unterlassen und
38 aktiv zu bekämpfen.

39 Das gilt auch im politischen Prozess. Wie die Harvard-Professoren Steven
40 Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrem Buch *How Democracies Die* herausarbeiten,
41 haben demokratische Kräfte immer eine *Gatekeeping-Funktion*. Das heißt: Sie
42 müssen die Tür zu politischer Macht und normativen Einfluss für Rechtsextreme
43 unbedingt geschlossen halten. Ein Blick in die USA, wo das Establishment der
44 Republikaner dieser Funktion nicht nachgekommen ist, oder nach Österreich, wo
45 die CDU-Schwester ÖVP mit den Faschisten der FPÖ regiert hat, zeigt, wie
46 gefährlich es ist, wenn man sich diese Funktion nicht bewusst macht. Das heißt
47 für uns: Wir wählen keine*n AfD-Politiker*in jemals in irgendein Amt und gehen
48 auch sonst keinerlei Bündnisse mit ihnen ein.

49 Der Kampf für die Demokratie und gegen ihre Feinde kann stattdessen ein Thema
50 sein, das unsere Wähler*innen mobilisiert. In den USA und in Polen ist es
51 demokratischen Kräften gelungen, auf diese Art Wahlen zu gewinnen. Auch wir
52 müssen immer wieder herausarbeiten: Wer Demokratie, Grundrechte und Rechts- und
53 Sozialstaat verteidigen will, ist bei uns richtig. Es gibt keine Zusammenarbeit
54 mit Faschisten, auf keiner Ebene. Wir belassen es nicht wie die Union beim
55 Führen von Brandmauer-Debatten, während man gleichzeitig AfD-Narrative/-
56 Forderungen übernimmt, sondern kämpfen aktiv für politische Gegenentwürfe.

57 Als Jusos Köln halten wir für unseren Umgang mit der AfD also fest:

- 58 1. Juso-Abgeordnete stimmen auf allen politischen Ebenen gegen Anträge und
59 Kandidaturen der AfD.
- 60 2. Wir lehnen Anträge, die erkennbar nur mit Stimmen der AfD eine Mehrheit
61 bekommen, ab. Demokrat*innen finden eigene Mehrheiten.
- 62 3. Wir stellen uns auch anderen demokratischen Parteien entgegen, die
63 Bündnisse und Mehrheiten mit der AfD suchen.
- 64 4. Eine Normalisierung der Positionen der AfD gilt es unbedingt zu

- 65 verhindern. Deshalb beteiligen wir uns nicht an Podiumsdiskussionen, an
66 denen die AfD beteiligt ist, und behandeln sie auch sonst nicht wie andere
67 demokratische Parteien.
- 68 5. Inhaltliche Annäherungstendenzen innerhalb der SPD lehnen wir kategorisch
69 ab. Wir kämpfen für eine solidarische, antirassistische und
70 antifaschistische Politik.
- 71 6. Wir tragen unsere Feindschaft zur AfD laut auf die Straße. Wir beteiligen
72 uns an Gegenprotesten und treten in der Zivilgesellschaft in deutlich
73 erkennbarer Gegnerschaft zur AfD auf.
- 74 7. Wir betreiben nach außen und nach innen Bildungsarbeit zu den Themen
75 Antifaschismus und Antirassismus und klären über die demokratiefeindlichen
76 Ziele und Vorstellungen von rechtsextremen Organisationen und Parteien wie
77 der AfD auf.